

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenlohnlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 10 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Gewerksvereine
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vereinsrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 23/23A.

Anzeigen pro Zeile:
Gesetzblatt, 10 Pf., Familienanz., 10 Pf.,
Verordnungs-, 10 Pf., Arbeitsmarkt, 5 Pf.,
Rechtliche und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 23/23A.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4288.

Nr. 97/98.

Berlin, Sonnabend, 4. Dezember 1915.

Seibensindvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Umwertung der Arbeiterorganisationen. — Kriegs-
fürsorge und Armenunterstützung. — Von der Kriegs-
zur Friedenswirtschaft. — Allgemeine Rundschau. —
Aus dem Verbands. — Anzeigen-Teil.

Die Umwertung der Arbeiter- organisationen.

Es ist in der Kriegszeit viel von einem „Um-
lernen“ geredet worden. Und mit Recht! Manche
Anschauung hat sich als irrig erwiesen, manche Auf-
fassung als falsch, und manches Urteil ist deshalb
geändert worden. Auch für die Organisationen der
Arbeiter trifft dies zu. In der Arbeitererschaft
selbst hat es bis zum Ausbruch des Krieges Leute
gegeben, die der Organisation aus verschiedenen
Gründen gleichgültig gegenüber gestanden haben.
Das wird, so bedauerlich es ist, auch nach dem
Kriege so bleiben. Doch wird die Tätigkeit der Or-
ganisationen in dieser schweren Zeit manchem die
Augen über ihre Bedeutung geöffnet haben und
ihn zum Anschluß an seine Berufsorganisation be-
wegen. Daß die Interessenvertretungen der Unter-
nehmer den Organisationen der Arbeiter nicht ge-
rade freundlich gegenüber standen, liegt in der
Natur der Sache begründet. Auch hier wird es in
der späteren Friedenszeit unentweatete Scharmacher
geben, die in den Verbänden der Arbeiter die
Feinde der Gesellschaftsordnung, Fremdförpser im
Staate erblicken. Aber es darf doch gesagt werden,
daß, von Ausnahmen abgesehen, eine andere Be-
wertung der Arbeiterorganisationen auch in
weiten Kreisen der Unternehmerschaft Platz gegrif-
fen hat. Dazu haben zweifellos die Arbeitsgemein-
schaften in zahlreichen Gewerben erheblich mit be-
getragen.

Am augenfälligsten ist die Wandlung in der
Einschätzung der Organisationen der Arbeiter bei
den Behörden. Zugegeben werden muß, daß viele
Instanzen auch bisher schon den Wünschen der or-
ganisierten Arbeiter Verständnis entgegengebracht
haben, daß zahlreiche hohe Reichs- und Staatsbe-
amte in den Vereinnahmungen der Arbeiter soziale
Notwendigkeiten erblickten und mit ihnen
gern über brennende Tagesfragen verhandelten.
Aber das steht doch fest, daß die Tätigkeit der Or-
ganisationen, ohne Unterchied der Richtung, nie-
mals eine so rückhaltlose Anerkennung gefunden
hat wie in der Kriegszeit. Auf Einzelheiten
wollen wir hier nicht eingehen. Wir erinnern nur
an die Worte, die der Vertreter des Reichskanzlers,
Dr. Delbrück, in der Aussprache des Reichstages
über die Organisationen der Arbeiter gesprochen
hat. Ähnlich hat sich kürzlich der bayerische
Ministerpräsident ausgesprochen. Nun hat auch die
halbamtlliche Korrespondenz „Ernährungsfragen“
dem Verhalten der Arbeiterorganisationen in einer
Weise Anerkennung gesollt, daß diese Kundgebung
im Gedächtnis festgehalten zu werden verdient. Es
heißt da:

Die Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeu-
tung noch unmittelbar vor dem Kriege scharf umstritten
war, haben sich in dem Kampfsjahr, das hinter uns
liegt, als nützliche und wertvolle, ja in ge-
wissem Sinne unentbehrliche Organe des
nationalen Wirtschafts- und Gemein-
schaftslebens bewährt. Sie haben das Ver-
trauen in die vaterländische Zuerlässigkeit und Opfer-
bereitschaft des deutschen Arbeiters vollauf gerdach-
fertigt, die Politik des 4. August, die Politik der vorbe-
haltungs- und bedingungslosen Eingabe an das kämpfende
Vaterland auch gegen vereinzelte Widersprüche aus
ihnen nahelebenden Kreisen entschlossen vertreten, in
ihrer Versammlungstätigkeit und in ihrer Presse den

nationalen Geist, den Willen zum Durchhalten
gepflegt. Sie haben auf den Gebieten der Kriegswirt-
schafts- und Kriegsozialpolitik zahlreiche Anregungen
gegeben, von denen ein Teil verwirklicht werden konnte,
haben Militär- und Zivilbehörden ihre — meist gern
angenommene — beratende und vermittelnde Mit-
arbeit zur Verfügung gestellt. In diesem wohlhabend
vaterländischen Sinne sind nicht bloß die freien, son-
dern in gleichem Maße die christlichen und die Christ-
Dunkerischen Gewerkschaften tätig gewesen
— ebenso die verschiedenen Richtungen der deutschen
Angestelltenbewegung. Die Anerkennung der Nation
für die patriotische Leistung der organisierten Arbeiter-
erschaft ist wiederholt vom Regierungstische ausgesprochen
worden.

Das Bewußtsein, seine Schuldigkeit nach
bestem Können und Willen getan zu haben, gewährt
jedem die höchste Befriedigung. Trotzdem erfüllt
ein solches Lob von einer Seite, von der man es
nur selten zu hören gewöhnt war, mit Genug-
tun. Die Organisationen der Arbeiter werden
als nützliche und wertvolle, ja als unentbehrliche
Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemein-
schaftslebens angesehen. Ihre nationale Ge-
sinnung wird unumwunden anerkannt. Wir, die
Deutschen Gewerksvereine, haben darüber niemals
Zweifel aufkommen lassen. Wir haben stets in
diesem Sinne gewirkt, weil es so unserer Grund-
auffassung entsprach. Deshalb verlangen wir auch
keine besondere Belohnung dafür, wohl aber for-
dern wir, daß man angesichts dieser patriotischen
Haltung die Organisationen der Arbeiter künftig
nicht mehr als Stiefkinder der Gesetzgebung be-
handelt, sondern daß man ihnen die Gleichbe-
rechtigung zuerkennt, auf die sie voll Anspruch
haben. Nur dann wird es ihnen möglich sein, alle
jene gewaltigen Aufgaben zu lösen, die sie nicht
allein im Interesse ihres engeren Mitgliebers,
sondern auch im Rahmen unseres Wirt-
schaftslebens und zum Segen des ganzen Volkes zu
erfüllen haben.

Und daß man nach dieser Richtung an die Or-
ganisationen der Arbeiter die höchsten Erwartungen
knüpft, das zeigen die weiteren Auslassungen
der genannten Korrespondenz:

Eine besonders große und wichtige Aufgabe fällt
den Gewerkschaften auf dem Gebiete des Er-
nährungswezens zu. Die Gewerkschaftsführer,
die Gewerkschaftsblätter besitzen entscheidenden Ein-
fluß auf erhebliche Massen der städtischen Bevölkerung.
Ihre Ton und Tendenz ihrer Darlegungen und Ausführun-
gen entscheiden emigermassen über die Ruhe oder die
Unruhe, mit der ihre Führer und Helfer die Schwierig-
keiten auf dem Lebensmittelmarchte betragen. Natür-
lich denkt niemand daran, den Gewerkschaftsorganen
zuzumuten, daß sie sich eine nach ihrer Ansicht nötige
Kritik verweigern. Aber auf der anderen Seite entspricht
es doch nur ihrem eigenen, selbst- und freigelegten
Programm positiver Staatsbeziehung und bedingungs-
losen Durchhaltens bis zum glücklichen Ende, wenn sie
durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung mit
dazu beitragen, daß jede, auch die geringste Störung
und Hemmung unserer Kriegsführung durch die Er-
nährungsfrage unterbleibt. Dies zu erreichen, ist
durchaus möglich; denn die Möglichkeiten in der
Lebensmittelfürsorge sind nicht so schwerwiegend,
daß man sich mit ihnen bei einigem guten Willen in
einer Zeit, wo Millionen auf den Schlachtfeldern
bluten, wo die Schicksale führender Großkapitalen in den
Schmelztiegel geworfen sind, nicht abfinden könnte. Die
Gewerkschaften werden zweifellos in diesem Punkte
ganz ebenso wie in ihrer übrigen Kriegsarbeit weiter-
hin ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Sie haben im
ersten Kriegswinter an der Volkserziehung über die
notwendige Einschränkung des Wehls- und Brotver-
brauchs lebhaft mitgewirkt; sie werden auch im
weiten ihren Anteil an der allgemeinen, nationalen
Aufklärungsarbeit übernehmen.

Wir glauben behaupten zu dürfen, daß auch
bezüglich der Ernährungsfragen und in der Art
ihrer Behandlung die Arbeiterorganisationen ihre

Schuldigkeit in vollstem Maße actan haben. Ihre
Vertreter haben in allen Instanzen mitgewirkt
oder doch ihre Mitarbeit angeboten, und auch ihre
Presse hat es an Aufklärung nicht fehlen lassen.
Daß dabei bisweilen harte Worte gefallen sind,
Aussagen, die dem einen oder dem anderen,
auch vielleicht mancher Regierungsstelle, föhlich in
die Ohren klangen, ist nicht verwunderlich. Es ist
eben auf diesem Gebiete mancherlei geandiat wor-
den, und nicht immer wurden die Maßnahmen der
Behörden so gründlich und rechtzeitig getroffen,
daß wir damit hätten einverstanden sein können.
Wir haben die Interessen der Arbeiter, d. h. der
minderbemittelten Bevölkerung zu vertreten, die
unter den Leuerungsverhältnissen und dem Kriegswit-
tucher, der doch nicht geleugnet werden kann, am
allerdieswertigsten zu leiden hat. Da mußte öfter ein
deutliches Wort geredet werden. Denn nicht da-
durch hilft man einem Uebel ab — und darauf
kommt es doch an — daß man nicht darüber redet
oder schreibt, sondern daß man es an der Wurzel
faßt und sie austreibt. Andererseits haben wir
aber auch nie unterlassen, auf die Schwierigkeiten
hinzuweisen, die der Ernährung des Volkes aus
dem Kriegszustande erwachsen und die eine gewisse
Verteuerung unausbleiblich machen. In diesem
Sinne werden wir auch in der Zukunft wirken, in
den vollen Bewußtsein der nationalen Aufgaben,
die uns gestellt sind, und wir können die Ver-
sicherung abgeben, daß wir nichts schneider ber-
röhmlich, als den Tag, in dem wir auch die letzte
Kritik einstellen und uns mit allem einverstanden
erklären dürfen, was seitens der Regierung ge-
scheht, und zwar nicht nur hinsichtlich des Ernäh-
rungswezens, sondern aller Fragen, deren Lösung
zu den Aufgaben einer wahrhaft freiheitlich und
national denkenden Organisation gehört.

Kriegsfürsorge und Armen- unterstützung.

w. Es ist selbstverständlich, daß in Deutschland
die Unterstützung der bedürftigen Kriegerehe-
frauen für die Zeit, die der Mann unter den
Fahnen steht, als eine öffentliche Pflicht angesehen
wird. Staat und Gemeinden suchen diese Pflicht
in vollem Maße zu erfüllen. Das Recht dieser
Kriegerehefrauen und ihrer Kinder auf eine der-
artige Fürsorge ist durch die Reichsgesetze vom
28. Februar 1888 und vom 4. August 1914 aus-
drücklich festgelegt und geregelt. Es ist also weder
aus rechtlichen, noch aus moralischen Gründen
möglich, diese Fürsorge als eine Art Armen-
unterstützung anzusehen. Trotzdem ist das
von einem Bezirksausichuß im Streit zweier Ge-
meinden über die Unterstützungspllichtigkeit ge-
schehen, wobei jedoch der Fall so lag, daß der zu der
Unterstützung verpflichtete Lieferungsverband ver-
sagte und der Armenverband für die Familie ein-
treten mußte. Die von diesem gewährte Hilfe
sollte als Armenunterstützung gelten. Dieser Auf-
fassung hat glücklicherweise das Bundesamt
für das Heimatswesen das Bundesamt zu
entscheiden hatte, ein Ende bereitet. Die Ent-
scheidungen dieser hohen Behörde sind für die
meisten deutschen Staaten, welche diese Entsch-
idungen dem Bundesamt als letzte Instanz über-
tragen haben, endgültig.

Die Auffassung des Bundesamts verdient da-
her allgemeine Verbreitung, um jeden Vergleich
der Kriegsfürsorge mit der Armenunterstützung,
wo er etwa noch vorkommen sollte, in Zukunft un-
möglich zu machen. Das Urteil ist dazu in ganz
besonderer Weise geeignet, denn es faßt das Kenn-
zeichen der Kriegsfürsorge viel weiter, als das in

den angezogenen Gezeiten zum Ausdruck gelangt. Nach ihm handelt es sich selbst dann nicht um Armenunterstützung, wenn die Hilfe zur Beseitigung eines außerordentlichen Notstandes erfolgen mußte, der nicht durch die Kriegsbeteiligung des Familienhauptes allein hervorgerufen war und der auch ohne diese Kriegsbeteiligung das Eingreifen der Armenpflege für die Familie nötig gemacht hätte. Das Bundesamt hat entschieden, es komme nicht darauf an, ob die Einberufung des Familienhauptes die alleinige Ursache der Unterstützungsbedürftigkeit sei. Die Besche vom 28. Februar 1888 und vom 4. August 1914 bestimmen ausdrücklich, daß die Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern vor Not zu schützen seien, die auf die Einberufung zurückzuführen und daß die zu diesem Zweck gewährten Unterstützungen unter keinen Umständen einen armenrechtlichen Charakter tragen sollten. Eine Feststellung, ob die Hilfsbedürftigkeit ohne die Kriegsbeteiligung des Familienhauptes eingetreten wäre, oder ob sie allein oder vorwiegend durch diese veranlaßt wurde, sei aber in sehr vielen Fällen kaum möglich.

Nach dieser Entscheidung des Bundesamtes für das Heimatwesen kann man annehmen, daß im allgemeinen keine den bedürftigen Familien der Kriegsteilnehmer aus öffentlichen Mitteln gewährte Unterstützung als ein Akt der Armenpflege zu betrachten ist. Die Entscheidung ist nicht nur in Rücksicht auf das Ansehen der Kriegerfamilien zu begründen, sondern weil auch noch manche öffentliche Rechte durch die Annahme von Armenunterstützung beschränkt werden. Armenunterstützung ist auch zurückzuführen, sobald es dem Empfänger möglich ist, Aufwendungen für Kriegsfürsorge in bedürftigen Kriegerfamilien jedoch nur, wenn es sich um Hilfe handelt, die über die gesetzlich festgelegte Unterstützung und ihre freiwillige Erweiterung durch die Gemeinden hinausgeht. Etwa wenn einem Kriegsteilnehmer aus öffentlichen Mitteln Gelder gewährt sind, um sein Geschäft aufrecht zu erhalten oder sein Grundstück vor dem Zwangsverkauf zu retten und in ähnlichen Fällen.

Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

Den ersten Artikel mit einer ähnlichen Ueberschrift konnte man etwa im Dezember v. J. lesen. Heute mag man zu behaupten, daß es damals verfrüht war, schon von der kommenden Friedenswirtschaft zu sprechen. Und wenn man heute auch noch nicht sagen kann, wann uns die Friedensglocken läuten, so scheint ein Ausblick auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege doch schon eher möglich. Die militärischen Verhältnisse haben sich inzwischen mehr geläutert und die wirtschaftlichen lassen sich wenigstens in großen Umrissen einigermaßen erkennen.

Eigentümliche Wandlungen in den Anschauungen hat der Krieg gebracht. Als er ausbrach, glaubten viele, infolge der Einberufungen zum Geeresdienst würden die Zurückbleibenden in Gülle und Fülle zu tun haben. Höhere Löhne und Gehälter der Arbeiter und Ansehlöhne und gewinnbringende Beschäftigung der Selbständigen vermutete man. Was man von 1870/71 her wußte, sprach dem nicht allzu sehr entgegen. Aber damals rückten insgesamt 1 021 000 Mann (als erste Aufstellung, erste Reserve, zweite Reserve und Ersatztruppen) aus, und am Ende des Krieges standen 1 350 787 Mann unter den Waffen. Ende Januar 1871 war der Krieg in der Hauptache schon beendet, denn der Waffenstillstand begann am 28. Januar. Es folgten zwar noch einige Kämpfe, die aber nichts mehr an dem Ergebnis änderten. Danach zu urteilen, konnte man schon im Dezember vorigen Jahres einmal an die zukünftigen Aussichten denken.

Aber diesmal ist es anders gekommen. Schätzungswiese rückten 5-6 Millionen Streiter innerhalb der ersten 4 Wochen ins Feld, und stetig ist ihre Zahl gestiegen. Man muß sich einmal klar zu machen versuchen, was es bedeutet, wenn auf einmal soziale arbeitsfähige Männer im besten Lebensalter dem Wirtschaftsleben entzogen werden. Viel Unternehmungsgeist und Unternehmungslust auf einmal gekannt, Führer der Landwirtschaft der Industrie, des Handwerks und des Handels ihrem Wirtschaftszweig entzogen! Der tägliche Bedarf dieser vielen Millionen in eine ganz andere Richtung gedrängt! Auch 1870/71 gab es so etwas, aber in so geringem Maße, daß kaum die Rede davon sein kann. Dann kam die Unterbindung des überseeischen Verkehrs; die Verhinderung der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr. Damals führte das fast noch durcheinander agrari-

sche Deutschland Krieg, heute das stark industrialisierte.

Man hat es schon eingestanden: Niemand hätte geglaubt, daß eine so rasche Anpassung an die neuen Verhältnisse möglich sei. Nach einigen kleineren Irrungen da und dort kam das Wirtschaftsleben bald wieder in sichere Geleise. Der Geeresbedarf für ein solches Wallenheer ist außerordentlich groß und das war für die jah aus ihrer gewohnten Produktion geworfenen Gewerbe ein wahres Elid. Mit Stenmerbild sinnen sie an, für Geeresbedürfnisse zu arbeiten. Die anfänglich starke Arbeitslosigkeit nahm zusehends ab. Allerdings einige Gewerbezweige, so z. B. die Textilindustrie, haben stark unter dem Rohstoffmangel gelitten. Aber im allgemeinen ist unsere Volkswirtschaft vor großen Verlusten bewahrt geblieben. Das verdanken wir neben der Anpassungsfähigkeit des deutschen Gewerbes und des Handels der weitblickenden Lenktrakt der deutschen Reichsbank.

Sie hat immer zur rechten Zeit die Sturmsignale gezogen. Wenn die heimischen Erwerbsleute mit vollen Segeln in die Gefilde der Auslandswirtschaft fahren wollten, da mahnte sie zur Vorsicht. Sie warnte und stoppte, erhöhte den Zinsfuß, um dem Abfluß von Gold ins Ausland vorzubeugen. Ihr Ziel war: Erhaltung und Festigung der deutschen Volkswirtschaft, Förderung des Gesamtwohlstandes, nicht Bereicherung von einzelnen. Was in diesen Rahmen hineinpaßte, das konnte sich frei entfalten, dem stand sie bei. Für die Kriegsbereitschaft und Kriegswirtschaft sorgte sie voraus mit der Sorgfalt eines ordentlichen und pflichtbewußten Hausvaters. Sie erleichterte und machte es den Großbanken möglich, daß sie ungefährdet in die Kriegswirtschaft hineingelangten. Dazu waren sie durchaus nicht so ohne weiteres aus eigener Kraft imstande. Einer der besten Kenner uneres Bankwesens hat diese Tatsache ganz besonders betont. Eine Großbank hatte behauptet, daß sie selbst die schwere Belastungsprobe siegreich bestanden habe. Darauf erwiderte ihr jener Bankfachmann, daß das eine Verkennung des tatsächlichen Sachverhalts sei. Eine ernste Belastungsprobe ist den Banken bisher erspart geblieben, in erster Reihe infolge des schnellen und energischen Eingreifens der Reichsbank.

Mit ihrer Hilfe konnten sich die kleineren Banken, Sparkassen, Hypothekbanken und Kreditanstalten den neuen Verhältnissen anpassen und ihnen gerecht werden. Der Reichsbankleitung gehört also ein Hauptverdienst an der ungeführten Ueberführung der Friedens- in die Kriegswirtschaft. Natürlich wäre auch sie nicht dazu imstande gewesen, wenn nicht deutscher Siegeswille, deutsche Unterordnungsfähigkeit und deutsche Organisationskraft in fast allen Erwerbszweigen mitgeholfen hätte. Die einzelnen wirtschaftlichen Verbände und Berufsvereine, die deutschen Organisationen schlechthin, haben ihr auch Teil dazu beigetragen, daß alles in normale Bahnen gebracht wurde.

Ob sich der Vorgang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft ebenso ungefährlich vollziehen wird, wie der von der Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft? Das Provozieren ist immer eine schlechte Sache, um so mehr, je weniger man sich auf ein zureichendes Beweismaterial dabei stützen kann. Es liegt so sehr nahe, die gestellte Frage zu bejahen, etwa mit der Begründung: Der Uebergang in die Friedenswirtschaft, die wir doch aus den vielen Jahren des Friedens kennen, muß doch leichter sein als der Uebergang zur Kriegswirtschaft, die wir nicht kennen. Daran ist schon etwas Wahres. Ein Volk, das die Kraft hatte, ein so großes Heer aufzustellen und es allein mit allem Nötigen zu versorgen, dem darf man es auch zutrauen, daß es die Fähigkeit besitzt, seine Friedenswirtschaft ohne erhebliche Einbuße an Volkswohlstand aufzubauen. Und neuaufgebaut muß sie vielsach werden, weniger in der Landwirtschaft als in der Industrie, im Handel und Verkehrswesen.

Man rechnet für den Anfang mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit, größer als die in den ersten Kriegswochen war. Aber die beteiligten Kreise rüsten schon dagegen. Immerhin ein Beweis dafür, daß die führenden Geister des Wirtschaftslebens sich den Uebergang nicht so leicht vorstellen. Der Krieg verdrängt viel Geld, viel Menschen und viel Bedarfsäuter, Menschen und Güter von verschiedenen Qualitäten und Arten. Das Geld wird bekanntlich nicht verbraucht, oder doch nur in so geringem Maße, daß davon kaum die Rede sein kann, dagegen die Bedarfsäuter und der Mensch. Die Bedarfsäuter sind meistens ererbbar und der Mensch ebenfalls; schwieriger ist es aber, die sachkundige und kenntnisreiche Menschenkraft zu ersetzen. Viele werden ihre frühere Arbeitsfähigkeit oder eine ähnliche wieder aufnehmen können,

andere aber müssen in des Wortes wahrer Bedeutung umlernen und sich an neue Tätigkeiten gewöhnen, ein Teil, weil er kriegsbeschädigt ist, ein anderer, weil die Unterbindung der Rohstoffzufuhr und der Ausfuhr an heimischen Gewerbezeugnissen die Produktionsmöglichkeit verringert hat.

Auch der Bedarf wird sich nach dem Kriege in manchem ändern. Die in der Kriegszeit geschaffenen Ersatzstoffe werden z. T. beibehalten und vervollkommen werden, und die heimkehrenden Krieger werden neue und anders geartete Bedürfnisse aus dem Felde mit nach Hause bringen. Wozu, was sie drauhen gesehen und gehört, erlebt und als richtig erkannt haben, werden sie zu Hause einführen wollen. Welcher Art diese Neuerungen sein werden, läßt sich jetzt natürlich noch nicht sagen; sicher aber scheint zu sein, daß die vielen Millionen von Kriegern nicht nur Sitten und Gebräuche beeinflussen werden, sondern auch die Güterherstellung. Die Beziehungen der Menschen zu den Bedarfsgegenständen haben sich ja auch während des Krieges anders als vorher bewertet werden. Danach wird sich die Güterherstellung nach dem Kriege richten müssen.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 3. Dezember 1915.

Zum Burgfrieden unter den Arbeiterorganisationen. Mitte November hat in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände der freien Gewerkschaften stattgefunden. Man hat sich dabei auch mit den Beziehungen zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen beschäftigt. Der Bericht im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ bejagt darüber folgendes:

„Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.“

Die Deutschen Gewerksvereine haben ihren Willen zur gemeinsamen Arbeit oft genug betont und sind bereit, auch nach dem Kriege danach zu handeln.

Die Aufhebung des Eisenbahnerverbandes hat auch nach den bayerischen Landtag beschäftigt. Der Ministerpräsident hat dazu eine Erklärung abgegeben, deren Inhalt sich mit den in voriger Nummer mitgeteilten öffentlichen Erklärungen deckt. Der Revers wird dadurch beseitigt; die Teilnahme an Bestrebungen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, wird verboten.

Im Anschluß an die Erklärung des Ministerpräsidenten richtete der Abg. Rothhaupter an ihn die Fragen: 1. Ist die Teilnahme am Süddeutschen Eisenbahnerverband nicht nur jedem Staatsarbeiter, sondern auch jedem Staatsbeamten erlaubt? 2. Ist die Zugehörigkeit von Staatsarbeitern und Staatsbeamten zu den freien Gewerkschaften gestattet? 3. Ist Beamten und Staatsarbeitern die Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Verein erlaubt?

Der Ministerpräsident erklärte darauf: Die bayerische Staatsregierung hat den Eisenbahnerverband aufgehoben und durch die bereits mitgeteilte Bestimmung ersetzt. Ob die Teilnahme an freien Gewerkschaften den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderläuft, kommt auf das Verhalten der Gewerkschaften an. Die Regierung erwartet, daß die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verbandsanstalten anerkennen. Unter dieser Voraussetzung wird dem Beitritt zu freien Gewerkschaften nichts in den Weg gestellt. Diese Erklärung gilt auch für den Süddeutschen Eisenbahnerverband. Ich habe außerdem nicht den mindesten Zweifel, daß das Personal der Verbandsverwaltung verständlich und patriotisch genug ist, um den von der Regierung eingenommenen Standpunkt zu verstehen, sich hinsichtlich der Streikgefahr auf den Standpunkt dieser Bestimmungen zu stellen.“

In der Antwort bezüglich der Teilnahme an sozialdemokratischen Vereinen faßt er, daß sich der Revers nicht als ein Verbot sozialdemokratischer Betätigung dargestellt habe, sondern ausschließlich gegen den Ausfluß nach außen gerichtet gewesen sei.

Nach dieser Antwort und einigen Bemerkungen von verschiedenen Abgeordneten zogen die Sozialdemokraten ihre diesbezügliche Anfrage zurück.

hoch
meh
St
rege
Lew
Strei
thr
des
fä l
D v
jind
platz
den
auf
mit
Ladu
abge
ständ
die b
Wage
mit
aus
nicht
Beute
4
Bafet
güter
es be
Wage
hände
gebor
5.
Krop
Trop
Feuer
schnell
ständig
wurde
M
stellung
zu d
st d
D
daß di
ergang
bor
Ege
ain
Sch
r, er,
noch
Beach
jendung
ding
wieder
daß
St. G.
ausnah
Di
schämen
Deutsch
Belehr
wäre es
toren
lichen
endlich
erwarte
folgem
Die
tober
maben
duftrie
Doleins
wirtj
mäh
von M
änder
die Lage
andere
sichen
den M
gang
Krieg
im all
reichen
Am
Bergr
ferner
Mafch
werden
sich Betr
haben,

Vorsicht bei Feldpostsendungen! Das bevorstehende Weihnachtstfest wird eine starke Vermehrung der Feldpostsendungen zur Folge haben. Ist doch gerade in dieser Zeit der Wunsch besonders reger, seinem Nächsten eine Freude zu erweisen. Leider besteht infolge des Unverständnisses mancher Kreise die Gefahr, daß viele Sendungen nicht an ihr Ziel gelangen, wie folgende Bekanntmachung des Reichspostamts zeigt:

„In letzter Zeit haben sich die Brandfälle, denen Feldpostsendungen zum Opfer gefallen sind, besonders gehäuft. So sind in Brand geraten:

1. am 9. Oktober auf dem östlichen Kriegsschauplatz ein Eisenbahn Güterwagen mit Feldpostpäckchen für ein Heeresbataillon. Die Ladung ist bis auf 30 Beutel ein Raub der Flammen geworden;
2. am 16. Oktober im Osten ein Kraftwagen mit Post für eine Landwehrdivision. Von der Ladung sind 2 von der Postkammertelle in Leipzig abgegebene Beutel mit Feldpostpäckchen fast vollständig verbrannt. Größerer Schaden ist nur durch die besondere Umficht und Geistesgegenwart des Wagenführers verhütet worden;
3. am 16. Oktober ein Eisenbahn Güterwagen mit Feldpostpäckchen für das Ostheer. Von der aus 360 Beuteln bestehenden Ladung sind 150 vernichtet worden, außerdem war der Inhalt von 60 Beuteln teilweise beschädigt;
4. am 20. Oktober ein mit Feldpost und Paketen für das Ostheer beladener Eisenbahn Güterwagen. Als das Feuer bemerkt wurde, hatte es bereits soweit um sich gegriffen, daß vom Wageninhalt bis auf wenige Pakete und Gegenstände aus verbrannten Sendungen nichts mehr geborgen werden konnte;
5. am 26. Oktober auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Ladung eines Güterpostwagens. Trotz sofortiger Löscherlöschungen breitete sich das Feuer infolge des herrschenden starken Windes schnell aus, so daß der Inhalt von 5 Beuteln vollständig und von weiteren 10 zum Teil vernichtet wurde.

Alle diese Fälle sind nach dem Ergebnis der Feststellungen höchstwahrscheinlich auf Selbstentzündung feuergefährlicher Gegenstände zurückzuführen.

Die beiliegenden Vorkommnisse beweisen, daß die aus Anlaß früherer Stände wiederholt ergangenen dringenden Warnungen vor Versendung feuergefährlicher Gegenstände, wie Streichhölzer, Benzin, Kether usw., mit der Feldpost zum Schaden der Allgemeinheit wie unserer Krieger und ihrer Angehörigen noch immer nicht die erforderliche Beachtung finden. Die Nachsicht, die Versendung solcher verbotenen Gegenstände unbedingt zu unterlassen, wird daher nachdrücklich wiederholt und zugleich erneut darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen nach § 367 unter 5a St.-G.-B. strafbar sind und im Betretungsfall ausnahmslos gerichtlich verfolgt werden.“

Diese Veroffentlichung ist eigentlich recht beschämend. Zeigt sie doch, daß es noch immer Deutsche gibt, die auch in der heiligen Zeit jeder Belehrung unzugänglich sind. Die Folgen haben unsere wadernen Feldherren zu tragen. Deshalb wäre es dringend zu wünschen, daß die wiederholten Warnungen, die Verendung von feuergefährlichen Stoffen und Gegenständen zu unterlassen, endlich Gehör finden. Von unseren Mitbürgern erwarten wir mit Bestimmtheit, daß sie sich an solchem gefährlichen Unfug nicht beteiligen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober wird vom „Reichsarbeitsblatt“ folgendermaßen gekennzeichnet: Seitdem die deutsche Industrie sich den durch den Krieg geschaffenen Vorkriegsbedingungen angepaßt hat, geht die wirtschaftliche Entwicklung in analogem Maße Bahnen weiter, so daß sich von Monat zu Monat nur wenig Veränderungen zeigen. Auch im Oktober war die Lage der deutschen Industrie nicht wesentlich anders als in den vorhergehenden Monaten. Abgesehen von der Textil-Industrie und dem Baugewerbe darf der Geschäftsgang in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden.

Am lebhaftesten beschäftigt ist nach wie vor der Bergbau, stark in Anspruch genommen sind ferner die meisten Zweige der Eisen- und Maschinenindustrie. In den übrigen Gewerben ist die Lage ungleichartig; überall finden sich Betriebe, die große Tätigkeit zu verzeichnen haben, neben solchen, die weniger gut beschäftigt

sind. Auch in dem Spinn- und Webstoffgewerbe sind außer den Zweigen, die einen Rückgang erfahren haben, einzelne zu nennen, in denen eine Besserung eingetreten ist. A. B. die Crefelder Samt- und Seiden-Industrie.

Die Nachmeldungen der Frankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. November 1915 eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem 1. Oktober gegenüber um 76 691 oder 1,69 v. S., gegen eine Abnahme von 1,76 v. S. im Oktober 1914 und eine Abnahme um 0,63 v. S. im Oktober 1913; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 66 948 oder 1,84 v. S. gegen eine Zunahme um 0,23 v. S. im Vormonat, eine Zunahme von 3,78 v. S. im Oktober 1914 und eine Zunahme um 2,11 v. S. im Oktober 1913 eingetreten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 9743 oder 0,12 v. S. gegen 0,88 v. S. im Vormonat abgenommen. Die in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen sind in diesen Zahlen wie immer nicht enthalten. Das Bild, das diese Uebersicht bietet, ist also etwas günstiger als im Vormonat. Es berichten für den Oktober 1913 3465 Stätten mit 6 Mill. Mitgliedern, für den Oktober 1914 3944 Stätten mit 6,3 Millionen Mitgliedern, für den September 1915 6280 Stätten mit 8,6 Millionen Mitgliedern, für den Oktober 1915 5938 Stätten mit 8,2 Millionen Mitgliedern.

Von 901 272 Mitgliedern, über welche von 35 Fachverbänden Berichte vorliegen, waren 22 293 oder 2,5 v. S. arbeitslos gegen 2,6 im Vormonat, 10,9 im Oktober 1914 und 2,8 im Oktober 1913. Die Arbeitslosigkeit übersteigt also nach wie vor nicht das im Frieden gewöhnliche Maß. Im Oktober 1913 berichteten 47 Verbände über 1,9 Millionen Mitglieder, im Oktober 1914 39 Verbände über 1,3 Millionen Mitglieder, im September 1915 40 Verbände über annähernd 1 Million Mitglieder.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat unveränderte Lage bei den Männern, eine Zunahme des Andranges bei den Frauen. Es entfallen nämlich auf 100 offene Stellen bei den Männern im Oktober 1915 89 Arbeitssuchende, im Vormonat 89, im Oktober 1914 154, im Oktober 1913 178, bei den Frauen im Oktober 1915 182 Arbeitssuchende, im September 1915 170, im Oktober 1914 191, im Oktober 1913 122. Die Zahl der berichtenden Arbeitsnachweise betrug im Oktober 1915 900, im September 1915 924, im Oktober 1914 776, im Oktober 1913 799.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserbände lassen erkennen, daß in Brandenburg der Andrang der weiblichen Arbeitskräfte zugenommen hat, in Pommern überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften fast überall das Angebot; nur bei den Frauen war ein befriedigender Ausgleich vorhanden. In Posen ist keine wesentliche Veränderung eingetreten; daselbst gilt für Schlesien, Hannover mit den benachbarten Gebieten, Westfalen und Württemberg. In Sachsen und Anhalt hat sich, wie übrigens auch in den meisten anderen Gebieten, der Andrang an männlichen Arbeitskräften verschärft. In Schleswig-Holstein hat der Arbeitsmarkt der weiblichen Personen eine Besserung erfahren, dagegen zeigt sich in Hamburg bei den Frauen ein kleiner Rückgang an offenen Stellen. In Westfalen ist eine Besserung für die Frauen eingetreten. Im Rheinland hat sich die Lage für die Männer verbessert, für die Frauen verbleibend. In Bayern lagen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes für die Männer sehr gut, während bei den Frauen Ueberangebot bestand. In Baden ist eine Besserung für die Männer eingetreten, auch hier war bei den Frauen Ueberangebot zu verzeichnen. Geringe Nachfrage nach Hausverional wird aus Berlin und Brandenburg, Posen und Baden gemeldet. Günstige Nachrichten über die Unterbringung der Textilarbeiter liegen aus Hannover, Westfalen und Rheinland vor.

Wohnungsfürsorge und Reich. Der Verband deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) überreichte dem Reichstag dieser Tage eine Petition, in der gebeten wird, zu beschließen,

1. daß mehr als die von der Reichsregierung zur Förderung des Kleinwohnungsbaus vorgeschlagenen 4 Millionen Mark in den Reichshaushaltsplan eingestellt werden,
2. daß diese Mittel nicht ausschließlich zugunsten von Anmietstellen und Arbeitern des Reichs verwendet werden,
3. daß bei der Ausleitung gemeinnützige Vereinigungen zur Beschaffung von Kleinwohnungen mit dem Rechte der juristischen Person nach dem Königl. Sächsischen Gesetze vom 15. Juni 1868 nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden,

1. daß die Mittel auch an solide Privatunternehmer verliehen werden, vorausgesetzt, daß sie sich denselben Bedingungen unterwerfen, die die gemeinnützigen Bauvereinigungen eingehen haben.

Die Begründung der Petition geht davon aus, daß die bisher für Wohnungsfürsorge in den Reichshaushalt eingestellten Mittel in unzureichendem Maße und immer nur für einen Teil der Bevölkerung und zwar für minderbemittelte Angestellte und Arbeiter des Reiches bestimmt gewesen sind. Seit Kriegsausbruch ruhe die Wohnungsbeschaffung fast vollständig, und auch nach Friedensschluß unter dem Einflusse der hochveranschlagten Kriegsanleihen und des vollen Wiedereinstiegens des Industrie- und Handelsbetriebes sei nicht zu erwarten, daß sich das Kapital dem Häuserbau, namentlich für Kleinwohnungen, zuwenden und billig zu haben sein wird. Der vorhandene ziemlich bedeutende Reichsfonds zur Garantieleistung für Anleihen an Wohnungsbauten könne nicht viel helfen, weil er nur Bürgschaft leistet, aber kein Geld gibt. Höchst unbedenkbar würde es von der dabei angebliebenen Beschaffung sein, wenn unsere heimkehrenden tapferen Krieger Wohnungsnot und unerträgliche Mietpreise vorfänden.

Die Petition weist dann noch darauf hin, daß gemeinnützige Bauunternehmen mit dem Rechte der juristischen Person nach dem Königl. Sächsischen Gesetze vom 15. Juni 1868 vom Reichsamt des Innern nicht als Vereinigungen erachtet, deren Kleinwohnungsbauten aus Reichsmitteln betrieben werden dürfen, wie es A. B. dem seit über 30 Jahren bestehenden wohnverwandten Allgemeinen Mietwohnerverein zu Dresden mit seinen nahezu 9000 Mitgliedern ergangen ist.

Die Frage der Nachtarbeit in Bäckereien hatte zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine und dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren geführt. Den Anlaß dazu hatte die eigenartige Haltung eines Vertreters der genossenschaftlichen Zentralorganisation gegeben, der sich gegen das Nachtarbeitverbot nach dem Kriege ausgesprochen hatte. Dieser Konflikt ist jetzt aus der Welt geräumt nach folgender Notiz im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission:

„Auf Veranlassung und unter Anteilnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat zwischen Vertretern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren eine Aussprache wegen der in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und der „Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ geführten Polemik, betreffend Stellungnahme des Vertreters des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zum Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, stattgefunden.“

Die Aussprache ergab, daß sachliche Differenzen kaum bestehen und das deshalb keine Veranlassung zur Fortsetzung der Polemik vorliegt. Ueber die hohe sozialpolitische Bedeutung des Verbots der Nachtarbeit bestand keine Meinungsverschiedenheit. Es wäre sicherlich interessant zu erfahren, wie diese Differenzen beseitigt worden sind, nachdem vorher sich die Auffassungen über das Nachtarbeitverbot so scharf gegenüber gestanden hatten.

Genierung auch im Auslande. Nicht allein dem deutschen Volke hat der Krieg schwere Leuerung gebracht, sondern auch die feindlichen Länder haben arg darunter zu leiden, obgleich ihnen die Zufuhr nicht abgebrochen ist. Der „Correspondent“ der Buchdrucker bringt darüber eine, wenn auch nicht erschöpfende, so doch immerhin recht interessante Zusammenstellung. So entnimmt er über die Lebensmittelpreise in Frankreich der „Humanität“ vom 5. Oktober folgende Zahlen:

Lebensmittel	1913	1915
Brot (2 Kilo)	0,75	0,90
Zucker (1 Kilo)	0,75	1,30
Butter (1 Kilo)	3,50	4,40
Suppenfleisch (1 Kilo)	1,40	2,40
Dratfleisch (1 Kilo)	3,20	5,40
Kohl (Kopf)	0,20	0,65
Kohle (100 Kilo)	5,40	11,00
Seife (1 Stück)	0,35	0,60
Bohnen (1 Liter)	0,60	1,00
Linzen (1 Liter)	0,80	1,20

Auch in Rußland steht die Frage der Leuerung infolge der Transportmangel aller Verkehrsmittel durch die Militärbehörden gegenwärtig im Vordergrund des Interesses. In der ganzen Presse Rußlands wird die Leuerung im eigenen Land ebenso intensiv erörtert wie bei uns. Wie wenig aber die inneren Zustände in Rußland sich noch bis auf den gegenwärtigen Moment geändert haben, zeigt am drastischsten der Umstand, daß die lokalen Behörden allen von der Gesellschaft aus-

gehenden Versuchen in der Richtung der Selbsthilfe große Hindernisse in den Weg legen. So berichtet der „Djem“, daß, als die Einwohner von Barsfoje Solo ein lokales Komitee beauftragt Verorgung der Stadtbevölkerung mit Nahrungsmitteln gründen wollten, die Administration sich beeilte, die Gründung dieses Komitees zu verbieten. Dieses Verfahren der Regierungsorgane wird von der Presse einstimmig verurteilt.

In England sprach kürzlich das Parlamentsmitglied für Leeds, Joseph Walton, in einer öffentlichen Versammlung über die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges. Er meinte, wenn der Krieg noch zwei Jahre dauern sollte, dann würde England am Rande des Bankrotts stehen. Sparzeit und Einschränkung seien in hohem Maße nötig. Seiner Ansicht nach müßte die Regierung Maßnahmen ergreifen, um den Fleischnutzen einzuschränken.

Diese Nachrichten aus dem Auslande lassen erkennen, daß es mit der wirtschaftlichen Stärke der Gegner Deutschlands ebenfalls eine sehr merkwürdige Verwandnis hat, und daß sie alle Ursache hätten, auch in dieser Angelegenheit vor ihrer eigenen Türe zu klopfen.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 553. Volksunterhaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses statt. Mitwirkende sind: Frau Clara Bral: Vieder zur Route, Frau Bachmann: Schaul: Vieder am Kaiser u. a. Dichtungen von Wilhelm Busch mit Musik von Adolf Lorenz, Fräulein Maria Berber: Rezitationen.

Kärntens. Der hiesige Ortsverband hielt am 21. November eine außerordentlich gut besuchte Gewerkevereinsversammlung ab. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen Käfer, leitete Kollege Dorn die Versammlung und gedachte eingangs derselben besonders der auf dem Felde der Ehre gefallenen hiesigen Gewerkevereinskollegen. Den Hauptpunkt des Tagesordnungs bildete ein Vortrag des Kollegen Schindler über: Die deutsche Kriegsfürsorge, mit besonderer Berücksichtigung der Versorgung der Verwundeten und Kriegsinvaliden. Der Redner schilderte eingehend die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bis zum Beginn des Krieges sowie unsere Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung. Während aber bisher nur die

Friedenssozialgesetzgebung in weiteren Volksteilen bekannt war, sei das nicht der Fall bezüglich der Sozialgesetzgebung für den Kriegsfall, weil bis Ende Juli 1914 in Deutschland niemand ernstlich an einen Krieg dachte. Nun zeige sich, daß bei uns auch für einen Krieg soziale Fürsorge getroffen ist, so daß die vom Kriege Betroffenen nicht auf private Wohlthätigkeit oder gar die Armenunterstützung angewiesen sind. Vielmehr haben sie gesetzliche Ansprüche auf weitgehende Beihilfe aus öffentlichen Mitteln. Der Redner schilderte Johann in seinem Vortrage anschaulich die gesetzlichen Ansprüche, dabei insbesondere auf die vielfachen Verbesserungen während der Kriegszeit verweisend. An der Hand von zahlreichen Beispielen legte er besonders klar, welche Ansprüche im einzelnen gewährt werden. Auch die Rechte der Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebenen auf Grund der Reichsversicherungsordnung, der Angestelltenversicherung sowie der Reichswochenhilfe fanden in dem lehrreichen Vortrage entsprechende Aufklärung.

Anschließend hiezun bebandelte der Vortragende die Neuregelung der Kriegsfürsorge in Nürnberg und die vom 1. November d. J. an eingeführten Notbedarfsätze, die zu der reichsgefeglihen Familienunterstützung einen Zuschlag von annähernd 200 Prozent für die Kriegserkrankten betragen. Mit der Einführung dieser Unterstützungsätze dürfte Nürnberg wohl mit an der Spitze derjenigen Städte stehen, die in erheblichem Maße zur reichsgefeglihen Unterstützung Zuschläge gewähren.

Redner streifte zum Schlusse auch noch die Leistungen unserer Gewerkevereine in der Kriegszeit, wodurch ebenfalls in jeder Hinsicht für unsere Mitglieder Erleichterungen geschaffen wurden.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. In der anschließenden Diskussion wurden einige Anfragen gestellt, die der Referent im Schlusswort auflärend beantwortete. Einer kerrnigen Warnung, die heute so zahlreich Antowendungen mögen auch in Zukunft unserm Verkmmlungsstufe Folge leisten und besonders in dieser ernsten Zeit die Gewerkevereinsache hochhalten, schloß der Vorsitzende die imponant verlaufene Versammlung.

Bersammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsbaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. — Gewerkevereins-Liebertafel (S.-D.). Jeden Donnerstags, abds 9-11 Uhr Lebnngsstunde im Verbandsbaus d. Deutsch. Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, den 4. Dezember 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr im Nord-West-Casino, Alt-Moabit 55, Gewerkevereinsaml. T.-O.: Fortlandsplatz. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. Abends 8 1/2 Uhr, Schönhauser Allee 139. T.-O.: 1. Gesellschaftliches. 2. Einziehung der Mitgliedsbücher. 3. Berufstangelegenheiten.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterzung in Burghörs Gefellschaftshaus, Bremen, Reilstr. — Gottow (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat bei Gantjen, Sandowstr. 42. — Danzig (Ortsverband). Gemeinsame Bersammlungen aller Berufe jeden Sonnabend vor dem 1. des Monats, abds. 8 1/2 Uhr im Schuhmacher-Gewerkschause, Vorstädterstr. Graben 9. — Dersau. Gewerkevereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Lebnngsst. im Vereinsl. „Jafan“, Marktstr. — Eberfeld-Barmen (Ortsverb.). Jeden letzten Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterzung b. Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungsstr.-Ede. — Frankfurt a. O. (Gewerkevereinsfängerchor). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lebnngsstunde im Vereinslokal, Richterstr. 18. Verbandskollegen hergl. willk. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 Uhr, Diskutierunde im Verbandslokal von C. Simon, Alter Markt. — Gera b. Raden. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Diskutierabend bei Ludewigs. — Hamburg (Ortsverband). Jed. 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandsvertreterzung bei Rose, Feinestr. — Hamburg (Rebnerzunft). Jeden Montag von 7 1/2-11 Uhr bei Gress, Lagerstr. 2. — Hamburg (Gewerkevereinsliebertafel). Jed. Donnerstag Lebnngsstunde bei Thöner in Altona, Fimsbüttelstr. 48-50. — Jerslow. Diskutierabend jeden 3. Mittwoch im Monat, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Gipse, Mendenerstr. 5. — Köln (Ortsverband). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreterzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — Leipzig (Gewerkevereinsliebertafel). Die Lebnngsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind hergl. willkommen. — Mühlheim-Nuhr. Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, Vertreterzung im Verbandslokal b. Herrn Johann Müller, Sandstr. 38. — Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Lebnngsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen hergl. willk. — Tegel (Diskutierklub für Tegel, Postdammer- und Reinickendorfer). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8 bis 10 Uhr bei Römer, Schliepstr. 28, Eck Schönebergerstr. — Thorn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Kauerstr. 62. — Weiskau (Diskutierklub). Jeden Donnerstag, abds. von 8 1/2-10 1/2 Uhr Diskutierabend beim Kollegen Günnel. — Weiskau a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine). Lebnngsstunden jed. Mittwoch, abends von 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Klostergarten“. Geklangliebende Gewerkevereinskollegen willkommen. — Worms (Ortsverband). Geklangabteilung der vereinigten Gewerkevereine (S.-D.) jeden Montag, abends 8 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Reinthal“.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Bur Anschaffung bringend zu empfehlen: **Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.** Von Karl Goldschmidt. Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg. 6 Stück kosten 1,00 RM., 12 Stück 1,80 RM. Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Attenregister für Arbeitersekretariate, in übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Atten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskanzlei der Deutschen Gewerkevereine. Dauernd überdauert über den Verlauf der behandelten Fälle. Nr. 1 für 60 Atten Preis 2,00 Mark 2 500 6,00 Außerdem empfehlen wir wiederholt: Eintragungsbücher für die Statistik Form. D Nr. 1 für etwa 200 Kaufsätze 0,80 RM. Form. D Nr. 2 500 1,00 Form. D Nr. 3 1000 2,00 Formulare für Anfall- und Zuwahlensachen. Form. A für Berufszeugnisse Form. B „Refurs. bzw. Revisionszeugnisse“ = 600. 0,75 RM. Personalienfragebogen. Form. C. 50 Stck. 0,75 RM., 100 Stck. 1,50 RM. Bersendung nur gegen Bersendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstr. 221/223.

Kattowitz (O.-Schl.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgefchent beim Kassierer. Kollegen V. Pijula, Rifolafstraße 51, (Wittags 12-1, abends nach 6 Uhr). **Tag in Böhmen.** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reisenerhaltung in der Gekschäftsstelle des Bezugsverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Bersammlungen, Gildengasse 8. **Bremen.** Die Anszahlung der Reisegelber der Ortsvereine und des Ortsverbandsgefchents geschieht auf dem Sekretariat, Däferstr. 8. **St.-Glabbach und Umgebung.** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen (eben Berufs erhalten 75 Pfg Reisenerhaltung im Gewerkevereinsbüreau, Kirchplatz 180. **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgefchent von 75 Pfg. beim Kassierer Konrad Dörner, Marktstr. 14. **Honigsberg (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsgefchent von 1 RM. beim Ortsverbandsvorsitzenden H. Benthart, Borsder Vorstadt 35. **Saale a. O. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgefchent (Bersorgungsarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufs. Kollegen unterverleuten Berufs beim Ortsverbandskassierer Karl Rogge, Große Steinstraße 10, G. IV.

Samm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterzählung oder Nachtlags auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15. **Schmalka (Ortsverband).** Allen durchreisenden Gewerkevereinskollegen wird ein Ortsverbandsgefchent von 60 Pfg. gezahlt beim Ortsverbandskassierer Emil Schnell, Fernmannstr. 12. **Siegnitz (Ortsverband).** Bersorgungsarten für durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Wuttke, Georgenstraße 8. Verbandslokal ist Prinz von Preußen, Clogauerstraße. **Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhält das Ortsverbandsgefchent bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Gerber, Landesbankstr. 25. **Silbing (Ortsverband).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reisenerhaltung 75 Pfg. bei G. Bimmernann, Kreuzstr. 17. **Hannover-Kluden und Umgebung (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtlager und Bersorgungsarten hierzu bei Carl Hebel, Gelsenstr. 82 a. II. **Janer i. Schl. (Ortsverb.).** Unterzählung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei G. Wandel, Boltsstr. 4.

Kedernände, i. P. Ortsverbands i. Verfassung f. Durchreisende u. a. e. h. n., Kozelow, Dorabergstr. 5. Karten bei H. Günter, Kedernände, Grabenstr. 25. **Dormau (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgefchent. Gewerkevereinsbüreau, Krimstr. 7. Dajschel befindet sich auch d. Arbeitsnachweis. **Senftenberg und Umgebung (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgefchent beim Ortsverbandskassierer Otto Kuhle, Zittendorfer bei Senftenberg, Sandstr. 11, ortsbetretene Vereine auch bei den Kassierern. Senftenberg - Großräichen, Wägen, Annhütte, Dabritzkow, Ueberrichtungslokal, Gashof zum Waldbhof, Des. Herr Scheppe. **Thorn.** Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und frühl. Kaffee beim Verbandskassierer M. Heinrichs, Breite Str. 18. **Rufali (Ortsverb.).** Durchreisende u. arbeitslose erhalten Unterzählung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Aug. Heiliger, Marktstr. 2. **Katibor, O.-Schl. (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterzählung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Franz Preiß, Salzstr. 17. **Wism a. D. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterzählung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Frauengasse 17.**

Der ... hört, ist d wicklung nimmt er sich als noch gezev des Kriege Niemand großen U während d werbarbei geblieben. dürfte kaum minderung her tätig g Gruppen a gerung der Erwerbbar Pannes fü reichte. De Kriegerwitw nicht ausfo etwas dazu Einbeziehung grunde geri und haben wieder aufge suchen müssen gen für Kr alle Frauen ihnen müsse diese wenige das stärke A Über an Frauen ist v Massen sind Diese Art d quemlichkeit. Frauen. B ihr Brot der kaufmännisch von weibli Mancher Post fleidet war. Selbst Beamt gen. Wir er Schaffnerinne antinnen, be gegnet. Und trieben aus? früher niema den ihnen jet Feld der Bet Her werden Munition un Gagen besth Zahl gestiegen ist man vor schreckt. Das dah manderler außer Kraft g Hundst Frauenarbeit, führte. Die s